

Landkreis Vorpommern-Rügen

4. Wahlperiode

Antrag

Einreicher:

Kreistagsfraktionen SPD, CDU+, DIE LINKE, B90/GRÜNE+DIE PARTEI, BVR/FW/FR

Vorlagen Nr.:

A/4/0049

Status: öffentlich

| Gremium | Zuständigkeit | Sitzungstermin |
|---------------------------|---------------|----------------|
| Kreistag Vorpommern-Rügen | Entscheidung | 17.03.2025 |

Antrag der Kreistagsfraktionen SPD, CDU+, DIE LINKE, B90/GRÜNE+DIE PARTEI, BVR/FW/FR: "Unterstützung des Aktionsbündnis "Vorpommern-Magistrale beschleunigen" und Medienpräsenz"

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

1. Der Landrat wird beauftragt, stellvertretend für den Landkreis, dem Aktionsbündnis „Vorpommern-Magistrale beschleunigen“ beizutreten und in seiner Funktion die Tätigkeit des Aktionsbündnisses zu unterstützen.
2. Der Landrat wird beauftragt die Öffentlichkeit auf den ihm zur Verfügung stehenden Kanälen sowie über Pressemitteilung und Internet zur Unterzeichnung der vom Aktionsbündnis eingereichten Bundestagspetition aufzurufen.

Begründung:

Am 23. November 2024 gründete sich in Anklam das Aktionsbündnis „Vorpommern-Magistrale beschleunigen“.

Es liegen schon öffentliche Aussagen der Bürgermeister von Stralsund, Greifswald, Pasewalk, Anklam, Ducherow und Mönkebude vor, welche dem Aktionsbündnis ihre Unterstützung zusagten.

Die Vorpommern-Magistrale ist die Hauptverkehrsader der Bahnverbindung zwischen Berlin und Brandenburg mit Vorpommern. Der Zustand der Vorpommern Magistrale, insbesondere die Beschränkung auf maximal 120km/h, wird den Erfordernissen einer nachhaltigen Bahnbindung Vorpommerns nicht gerecht.

Im Zuge der Debatte um die Errichtung eines LNG-Terminals in Mukran hatte das Kanzleramt im Oktober 2023 eine Ausgleichsmaßnahme zugesagt für die ökologischen und touristischen Beeinträchtigungen und Schäden, die mit dem Bau und Betrieb des LNG-Terminals verbunden sind. Die Ausgleichsmaßnahme beinhaltet die Beschleunigung der Vorpommern Magistrale von derzeit max. 120 km/h auf mindestens 160 km/h.

Ziel des Aktionsbündnisses ist es, auf die Einhaltung des Versprechens zu bestehen und dies öffentlich zu machen.

Das Versprechen wurde am 17.09.2024 bei einer Demo der Usedomer Eisenbahnfreunde und von vier Bürgermeistern aus Vorpommern öffentlich wiederholt. Letztere hatten bereits am 04.09.2024 einen Brief an den Bundeskanzler geschrieben.

Der Landkreis Vorpommern-Rügen sollte sich aufgrund von wirtschaftlichen, touristischen und verkehrspolitischen Interessen diesem Aktionsbündnis anschließen und für den Erfolg der laufenden Petition sowie die Einhaltung der ausgeschriebenen Ziele einsetzen.

Der Kreistag hatte auf einer vergangenen Sitzung einen interfraktionellen Antrag betreffend der Vorpommern-Magistrale beschlossen (Beschluss-Nr.: KT 621-27/2024).

Des Weiteren wäre eine öffentliche Unterstützung der Sache dienlich, ob Pressemitteilung, Social Media Auftritt oder Aufruf in der Presse. Beispielsweise Städte wie Pasewalk aber auch einzelne ehrenamtliche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aus drei Landkreisen haben öffentlich dazu aufgerufen die eingereichte Petition zu unterzeichnen.

Finanzielle Auswirkungen:

keine

gez. Ute Bartel
Fraktionsvorsitzende
Kreistagsfraktion SPD

gez. Benjamin Heinke
Fraktionsvorsitzender
Kreistagsfraktion CDU+

gez. Kerstin Kassner
Fraktionsvorsitzende
Kreistagsfraktion DIE LINKE

gez. Dirk Niehaus
Fraktionsvorsitzender
Kreistagsfraktion B90/GRÜNE+DIE PARTEI

gez. Mathias Löttge
Fraktionsvorsitzender
Kreistagsfraktion BVR/FW/FR